

**Stadtverordnetenversammlung
Brandenburg an der Havel**

(Eingangsstempel)

SPD-Fraktion
Fraktion/Stadtverordnete

Beschlussantrag

an die Stadtverordnetenversammlung

zur Behandlung in öffentlicher Sitzung nichtöffentlicher Sitzung

Beschlussgegenstand:

Personalentwicklung der Stadtverwaltung

Beratungsfolge:

- | | | | |
|-------------------------------------|---|--------------------------|----------------------------|
| <input type="checkbox"/> | Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport | <input type="checkbox"/> | Rechnungsprüfungsausschuss |
| <input type="checkbox"/> | Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Seniorenfragen | <input type="checkbox"/> | Jugendhilfeausschuss |
| <input type="checkbox"/> | Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, kommunale Beteiligungen und Vergaben | <input type="checkbox"/> | Werksausschuss |
| <input type="checkbox"/> | Ausschuss für Umwelt, Recht, Ordnung und Petitionen | | |
| <input type="checkbox"/> | Ausschuss für Stadtentwicklung | | |
| <input type="checkbox"/> | Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften | | |
| <input type="checkbox"/> | Hauptausschuss | | |
| <input checked="" type="checkbox"/> | 28.01.2009 Stadtverordnetenversammlung | | |

Beschlussvorschlag:

1. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, bis zur im Juni 2009 tagenden Stadtverordnetenversammlung eine mittel- bis langfristige Personalentwicklungsprognose auch mit Blick auf den künftigen bedarfsgerechten Personaleinsatz und die jeweils wahrzunehmenden Aufgaben und Aufgabenschwerpunkte vorzulegen.
2. Die Oberbürgermeisterin wird zudem beauftragt, den Stadtverordneten bis zur Stadtverordnetenversammlung im Juni 2009 nachvollziehbar zu berichten, ob und in welcher Weise der jeweilige Personalbedarf unter Zuordnung bestimmter Aufgaben und Arbeitsinhalte in den einzelnen Verwaltungsbereichen jeweils geprüft und festgestellt worden ist und ob sich dabei maßgebliche Verschiebungen des Personaleinsatzes nach Schwerpunkten oder Personaleinsparungen ergeben haben.

.....

Begründung - siehe Rückseite -

Begründung:

Entsprechend dem Stellenplanentwicklungskonzept für 2009 liegt eine Gesamtstellenanzahl (Stellenplan und Stellen der Eigenbetriebe) von 1.077,4 Stellen vor. Der Verwaltungshaushalt der Stadt lässt eine Stellenmehrung mit Sicherheit nicht zu. Die Verwaltung muss mit den vorhandenen Stellen auskommen und wird auch künftig maximal 50 % der freiwerdenden Stellen wieder besetzen können.

Deshalb ist es erforderlich, das vorhandene Personal effektiv dort einzusetzen, wo es zur jeweiligen Aufgabenerfüllung benötigt wird. Bei der jetzigen Stellenentwicklung ist auffällig, dass eher interne Verwaltungsbereiche (Hauptamt) personell verstärkt werden, während auf den offensichtlichen Arbeitszuwachs in insbesondere bürgernahen Bereichen nicht personalerhöhend reagiert wird.

Vor diesem Hintergrund ist nicht nachvollziehbar, inwieweit tatsächlich der Personaleinsatz bedarfsgerecht und effektiv erfolgt.

Im Rahmen einer entsprechenden Überprüfung und Prognose ist zu bewerten, ob bestimmte Vorgänge (zum Beispiel Veränderung der Ämterstruktur in Fachbereichsstruktur, E-Government, partieller Arbeitsrückgang in einigen Fachbereichen - etwa Rückgang der Baugenehmigungsvorgänge) gegenwärtig bzw. in der Prognose mittel- bis langfristig zu Personalveränderungen, insbesondere Personalkosteneinsparungen geführt haben bzw. künftig führen werden.

Vor dem Hintergrund der städtischen Haushaltssituation soll diese Einschätzung und Prognose erkennen lassen, wie die Verwaltung auf die zwingende Notwendigkeit der Kosteneinsparung reagieren will.